

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Demokratie in Gefahr?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Demokratie in Gefahr?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 5, pp. 11-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131304>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Einklang mit den gesamteuropäischen Interessen fällt, andererseits — und das bedeutet in gewissen Beziehungen einen Widerspruch — die Rüstungs- und Abwehrbereitschaft der freien Demokratien fördern soll. Der zumeist auf irrümlichen Vorstellungen beruhende Argwohn unserer Mitwelt gegenüber der westdeutschen Ruhrindustrie kann mit einem Schlag beseitigt werden, wodurch die Ruhrbehörde, Kapazitätsbeschränkungen usw. überflüssig werden.

Ein erster und gewichtiger Schritt zur Bildung einer gesamteuropäischen Wirtschaft, eine Marktgemeinschaft von fast 300 Millionen Menschen, soll für die Grundprodukte Kohle und Stahl geschaffen werden. „Durch die Bildung eines gemeinsamen Produktionsapparates und Marktes werden die internationale Arbeitsteilung vervollkommenet, die Kreditwürdigkeit der europäischen Wirtschaft erhöht, die Exportchancen vergrößert und die Kosten für die Produktion und Verteilung auf lange Sicht gesenkt“, erklärte Dr. Adenauer Ende April.

Zwischen dieser klaren theoretischen Grundkonzeption und ihrer Verwirklichung ergeben sich aber noch eine Fülle von Schwierigkeiten, die weniger die Politiker und mehr die wirtschaftlichen Interessenten berühren, abgesehen von der Frage, ob Deutschland durch diesen Vertrag „ausgebeutet“ werden könnte oder „ausbeuten“ würde, wie eine überspitzte Formulierung lautet. Schließlich wird in der Welt noch lebhaft erörtert, ob nicht hier ein „Superkartell“ entsteht, das die restliche Welt „ausbeuten“ könne.

Alle diese und eine Fülle anderer Argumente beweisen nur, wie mißtrauisch ein Land dem anderen und ein Produzent dem anderen gegenübersteht und wie notwendig handfeste, echte und ehrlich gemeinte Vertrauensbeweise sind. Schier unlösbar ist die Frage der „Gleichberechtigung“ aller sechs Vertragspartner, da sie stets von einzelnen Partnern — und nicht mit Unrecht — als Diskriminierung aufgefaßt werden kann.

Westdeutschland würde jetzt einen Produktionsanteil in der Union für Kohle von über 50 % und

für Stahl von knapp 40 %, der sich monatlich auf Grund seiner Rohstoff- und Standortlage noch vergrößert, einbringen; es muß „entsprechend“ geachtet werden, darf nicht majorisiert werden und soll ein ehrlicher und zuverlässiger Lieferant für europäische und überseeische Ansprüche werden, ohne wieder eine politische Machtballung darzustellen. Die politische und wirtschaftliche Autonomie über den wichtigsten Grundstoff soll für lange Zeit aufgegeben werden zu Gunsten einer Unterordnung im gesamteuropäischen Interesse, wobei man vor allem die Auflösung

des zentralen Kohlenverkaufs und der seit Jahrzehnten bewährten Verbundwirtschaft fordert, damit die Ruhr nicht die restliche europäische Montanindustrie beherrschen könne. Hier bestehen ernste wirtschaftliche Probleme, die sich allerdings nur schwer abwägen lassen gegenüber den politischen Vorteilen. Nicht Wirtschaftler, sondern Politiker haben das Vertragswerk geformt, das in erster Linie auch als ein politisches Ereignis zu werten ist. Sie überlassen es den Wirtschaftlern, ihre Beziehungen im Rahmen dieser neuen europaweiten Konstellation einzuspielen. (Rp)

## Demokratie in Gefahr?

Demokratie ist ein so hohes, im innersten von eigentlich allen Menschen unserer Zeit anerkanntes Ideal, daß sie als Idee kaum in Gefahr geraten kann. Das zeigt sich schon darin, daß alle nicht-demokratischen Staatssysteme ihre Legalität aus dem demokratischen Prinzip abzuleiten bemüht sind und ihren Fortbestand durch demokratische Formen zu sichern suchen. Trotzdem wird es in jedem demokratischen Staatssystem immer Gruppen von Menschen geben, die das demokratische Prinzip ablehnen. Bei der tiefen Verankerung des demokratischen Gedankens im modernen Rechtsstaat, können jedoch diese anti-demokratischen Gruppen der demokratischen Staatsordnung nie gefährlich werden, so lange die Idee der Demokratie im Staatsregime lebendig bleibt.

Das demokratische Regime hat im Westdeutschland der Nachkriegszeit ganz besonders günstige Bedingungen gehabt. Die Erfahrung mit einer autoritären Ordnung im eigenen Staate und durch die unmittelbare Anschauung autoritärer Systeme in anderen Ländern hat der demokratischen Idee einen besonderen Aufschwung gegeben. Um so erstaunlicher scheint es zu sein, daß die Regierungsparteien im Einvernehmen mit der Opposition sich bereits nach so kurzer Zeit demokratischer Bewährung genötigt sehen, zum Schutze der Demokratie Republikschutzgesetze zu erlassen und anti-demokratische Gruppen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Da wir nicht glauben können, daß Regierung und Opposition sich entschlossen haben, gegen Windmühlenflügel zu kämpfen, muß die Frage aufgeworfen werden, wieso es zu einer Bedrohung der Demokratie gekommen ist.

Um es voranzunehmen: Ich glaube nicht, daß der demokratische Gedanke in Deutschland heute irgendwelcher Gefahr ausgesetzt ist. Und das festzustellen, scheint mir dem Ausland gegenüber von ungeheurer Bedeutung. Wenn wir das Anwachsen „anti-demokratischer Gruppen“ für bedenklich erklären, so diskreditieren wir den staaterhaltenden Geist unseres Volkes von neuem in gefährlicher Weise. Wenn sich heute tatsächlich nennenswerte Bevölkerungsteile zu Gruppen zusammenschließen, die außerhalb der traditionellen demokratischen Parteien stehen, so ist das erst einmal ein Zeichen dafür, daß sowohl Regierungsparteien wie Opposition Fragen außer Acht gelassen haben, die von einem größeren Bevölkerungsteil als neuralgische Punkte empfunden werden. Wenn nun gar ein politischer Erdbeben befürchtet wird, so ist das ein Beweis dafür, daß die Diskrepanz zwischen den Meinungsträgern der Demokratie und der Meinung der Wähler, die diese vertreten sollen, in bedenklichem Maße angewachsen ist. Eine solche Erscheinung ist also ein typisch demokratisches Phänomen.

Wenn sich dieses Phänomen nun auch zunächst in einem Anwachsen radikaler Gruppen niederschlägt, so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Neubildungen sich nicht auf die Dauer unter dem Druck ihrer Anhänger in das demokratische System einfügen müssen. Ein staatsrechtliches Verbot würde ihnen den Weg zur Demokratie verlegen und ihnen womöglich einen weiteren Zulauf politisch Unzufriedener beschern.

Das Anschwellen radikaler Gruppen muß ein Warnungssignal für diejenigen sein, die für die Politik der demokratischen Parteien verantwortlich sind, und sollte sie zu schärfster Selbstkritik anhalten. Versteinerte Dogmen und die Selbstherrlichkeit von Parteipolitikern dürfen die demokratischen Parteien nicht hindern, Ideen zu entwickeln, die der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation Rechnung tragen und die die Meinung derer repräsentieren, die sie vertreten sollen. (sk)